

DIE RECHTSBERATERKONFERENZ

der mit den Wohlfahrtsverbänden und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zusammenarbeitenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

c/o Rechtsanwalt Michael Koch, Textorstr. 9, 97070 Würzburg,
Tel. 0931-52142, Fax 0931-57724, Mail: koch@unsere-anwaelte.de

***** Pressemitteilung *** Mit der Bitte um Veröffentlichung *****

„Bessere Asylverfahren statt schnellerer Abschiebungen!“

Rechtsanwälte kritisieren Asylpläne der Bundesregierung

Freiburg, 9.5.2015 – Die Rechtsberaterkonferenz der Wohlfahrtsverbände hat die Pläne von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Asylbewerber aus den Westbalkanstaaten schneller abzuschicken, scharf kritisiert. „Der Minister fällt seiner eigenen Illusion zum Opfer“, sagte Rechtsanwalt Michael Koch aus Würzburg, einer der Sprecher der Konferenz, in der rund 60 im Asylrecht tätige Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zusammengeschlossen sind. „Man hat Länder wie Serbien und Bosnien für angeblich sicher erklärt, nun glaubt man, dass die Menschen, die von dort kommen, keinen Schutz verdienen. Dabei gehören viele davon der Minderheit der Roma an, die extrem diskriminiert wird, etwa beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsleistungen.“

Es sei das falsche Signal, so Koch, wenn diese Menschen nicht mehr auf die Kommunen verteilt würden. „So wird diese Minderheit weiter isoliert und stigmatisiert.“ Es sei dringend erforderlich, in die Asylverfahren zu investieren. „Dies aber nicht, um schneller abzuschicken, sondern um die Qualität der Verfahren zu verbessern und denen, die Schutz brauchen, schneller Sicherheit zu geben.“ Viele Asylbewerber warten monatelang, manche mehrere Jahre auf ihren Bescheid. „Gerade bei den Roma brauchen wir statt Schnellabschiebungen gründliche Verfahren und differenziertere Prüfungen, um die Folgen lebenslanger Diskriminierung zu erkennen.“

Die Anwältinnen und Anwälte kritisierten, dass Bund und Länder sich nicht auf konkrete Verbesserungen bei der Unterbringung und medizinischen Versorgung von Flüchtlingen einigen konnten. „Asylanträge werden über Monate nicht registriert, die Erstaufnahmen sind hoffnungslos überfüllt, das Leben in provisorischen Unterkünften in Turnhallen oder Containern ist extrem belastend. Unter diesen Umständen können Schutzsuchende sich nicht angemessen auf ihr Asylverfahren vorbereiten“, so Rechtsanwalt Heiko Habbe aus Berlin.

Der Vorstoß der Bundesregierung für eine zwingende europaweite Quote zur Flüchtlingsaufnahme ist nach Auffassung der Konferenz den Flüchtlingen nicht zuzumuten, solange keine einheitlichen Asylstandards in allen EU-Staaten umgesetzt sind. Zugleich forderten die Teilnehmenden der Konferenz, Asylsuchenden sichere und legale Einreisewege nach Europa zu öffnen. „Europa darf dem Sterben im Mittelmeer nicht tatenlos zusehen“, sagte Prof. Dr. Holger Hoffmann von der Fachhochschule Bielefeld. „Rettung und Aufnahme von Flüchtlingen muss die gemeinsame Aufgabe aller europäischen Staaten sein.“ In diesem Zusammenhang seien die jüngsten Beschlüsse der EU enttäuschend, weil sie überwiegend auf eine weitere Abschottung gegen Flüchtlinge zielten.

Die Rechtsberaterkonferenz der Wohlfahrtsverbände ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden Deutscher Caritasverband, Diakonie Deutschland und Deutsches Rotes Kreuz sowie dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) es sich seit über drei Jahrzehnten zur Aufgabe gemacht haben, Rechtsberatung für Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge durchzuführen. Ihre Mitglieder treffen sich regelmäßig zum Informations- und Meinungsaustausch, geben Fachpublikationen heraus und melden sich öffentlich zu Wort, wenn es um Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge geht.

Für Rückfragen stehen Ihnen zur Verfügung:

Rechtsanwalt Michael Koch, Textorstr. 9, 97070 Würzburg, Tel. 0931-52142, E-Mail koch@unsere-anwaelte.de

Rechtsanwalt Heiko Habbe, Witzlebenstr. 30a, 14057 Berlin, Tel. 040-514 93 271, E-Mail RA.Habbe@gmx.de

Prof. Dr. jur. Holger Hoffmann, FH Bielefeld, Postfach 10 11 13, 33511 Bielefeld, Tel. 0521/106-7844, E-Mail holger.hoffmann@fh-bielefeld.de

Der Sprecherrat der Rechtsberaterkonferenz:

RA'in Catrin Hirte-Piel, Bielefeld; RA Michael Heim, Bonn; RA Michael Hiemann, Arnstadt; Prof. Dr. Holger Hoffmann, Bielefeld; RA Michael Koch, Würzburg; RA Heiko Habbe, Berlin; RA Reinhold Wendl, Wiesbaden